

# Jahresbericht – Regierungsrat 2022/23

## 1. Einleitung

Ich werde meinen Bericht, wie jedes Jahr, in den Bereich «Aus der Sicherheitsdirektion» und den Bereich «Aus dem Regierungsrat» aufteilen.

## 2. Aus der Sicherheitsdirektion

### a. Revision der kant. Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz über die Binnenschifffahrt

Die kantonale Vollziehungsverordnung führt die Gesetzgebung des Bundes über die Binnenschifffahrt auf den Gewässern des Kantons Uri näher aus und regelt dabei die Schifffahrt im Kanton Uri, soweit nicht Bundesrecht Anwendung findet. Gemäss der aktuellen Gesetzgebung ist das Kitesurfen auf dem Urnersee nur von Februar bis November auf einer definierten Fläche möglich.

Im Februar 2022 stellte der Verein Kite Uri den Antrag, die Winter- und die Sommersperre seien aufzuheben und die südliche Flanke der heutigen Sperrzone Schiltegg-Gruonbach nach Süden zu erweitern. Die Sicherheitsdirektion hat die Seegemeinden und weitere interessierte bzw. betroffene Kreise eingeladen, zu den Anträgen von «Kite Uri» Stellung zu nehmen. Die eingegangenen Stellungnahmen sind zu weiten Teilen kritisch ausgefallen. Die grosse Mehrheit der Teilnehmenden hat sich jedoch positiv zum Antrag «Aufhebung der Wintersperre» geäussert. Das Hauptargument lautet, dass zu dieser Jahreszeit wenige Nutzungskonflikte auf dem Urnersee bestehen. Die betroffenen Fachstellen können der Aufhebung der Wintersperre unter der Bedingung zustimmen, dass die aktuell geltende räumliche Sperrzone beibehalten wird, das heisst, die Kitezone nicht Richtung Süden erweitert wird.

Aufgrund der Ergebnisse aus der Vorvernehmlassung hat der Regierungsrat entschieden, die kantonale Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz über die Binnenschifffahrt zu revidieren. Darauf wurden 45 Adressaten zur offiziellen Vernehmlassung eingeladen. Die Auswertung der Rückmeldungen hat ergeben, dass die Aufhebung der Wintersperre auf eine sehr grosse Akzeptanz gestossen ist. Aus den Rückmeldungen aus dem Vernehmlassungsverfahren ergaben sich keine Änderungen gegenüber der Vernehmlassungsvorlage. Mit der vorgeschlagenen Revision soll es möglich sein, auch in den Monaten Dezember und Januar auf dem Urnersee zu kiten. Der Bericht und Antrag wird am 21. Juni 2023 im Landrat behandelt.

### b. Holz Kreislauf Uri

Holz ist ein idealer CO<sub>2</sub>-Speicher, ob in Form von Wäldern oder von Holzbauten. Der Kanton Uri mit seinen Wäldern und der regionalen Holzwirtschaft könnte einen bedeutenden Beitrag zur Reduktion von Treibhausgasen in der Atmosphäre leisten und ein klimaneutraler Standort werden. Basierend auf dem Regierungsprogramm 2020-2024+ ist nun eine Umsetzungsstrategie zum Thema CO<sub>2</sub>-Entfernung aus der Atmosphäre entwickelt worden mit dem Ziel, die Nutzung von Holz aus einheimischen Wäldern und die Verwendung von einheimischem Holz als Bau- und Werkstoff zu erhöhen.

In der ersten Phase werden nun folgende Massnahmen und Projekte vorgesehen; die Etablierung eines Kommunikationsrahmens für Aktivitäten rund um den Holzkreislauf Uri, die Schaffung einer Plattform zur Vernetzung der Akteurinnen und Akteure, die Entwicklung einer integralen Ressourcenpolitik Wald und Holz zu entwickeln, ein Baumpflanzungsprojekt im Urner Wald, eine Projektstudie zur Untersuchung der Machbarkeit einer genossenschaftlichen Sägerei mit Integration der Wald- und Holzkette, ein Holz-Stuhl-Projekt in Urner Schulen sowie ein Urner Wald- und

Holzführer. In einer zweiten Phase ab 2025 ist die Umsetzung weiterer Projekte aus dem Projektpool möglich.

### c. Revision der Jagdverordnung

Die Verordnung zum Bundesgesetz über die Jagd und den Schutz wildlebender Säugetiere und Vögel stammt aus dem Jahr 1988 und wurde letztmals 2010 teilweise revidiert. Revisionen in der eidgenössischen Jagdgesetzgebung, aber auch die in den vergangenen Jahren veränderten Rahmenbedingungen sowie die Erfahrungen im Vollzug machen eine Revision der kantonalen Jagdverordnung notwendig. Mit der vorliegenden Teilrevision werden insbesondere Grundlagen für den verbesserten Schutz des Wilds und für eine individuellere Gestaltung der Jagdausübung durch die Einführung neuer Patentarten geschaffen. Die Anpassung einzelner Artikel an das geltende Strafrecht ist ein weiteres zentrales Element der Revision. Der neue Verfassungsartikel zum Schutz vor Grossraubtieren und zur Regulierung des Bestands wird in der revidierten Jagdverordnung ebenfalls umgesetzt.

Aufgrund der Ausgangslage hat der Regierungsrat die Sicherheitsdirektion im August 2022 beauftragt eine Vernehmlassung durchzuführen. Die Rückmeldungen ergaben, dass die Notwendigkeit einer Revision unbestritten ist sowie, dass die Revision grundsätzlich befürwortet wird. Einzelne Artikel wurden jedoch sehr kontrovers diskutiert bzw. von der Regierung nach der Vernehmlassung angepasst und verabschiedet.

Die landrätliche Sicherheitsdirektion hat den Bericht und Antrag im Mai behandelt. Die Revision wird voraussichtlich in der Landratssession vom September behandelt.

### d. Teilrevision des Polizeigesetzes

Der Kanton Uri verfügt seit 2009 über ein Polizeigesetz. Das Gesetz sowie die beiden bisherigen Teilrevisionen haben sich in der Praxis bewährt. Aktuelle Entwicklungen im Polizeirecht erfordern nun aber eine weitere Teilrevision. Die Teilrevision des Polizeigesetzes basiert auf vier Kernpunkten:

1. Die bestehenden polizeilichen Massnahmen sollen angepasst und der Kantonspolizei damit zeitgemässe, praxistaugliche und rechtlich abgesicherte Kompetenzen gegeben werden. Unter anderem wird eine automatisierte Fahrzeugfahndung (AFV) eingeführt. Dies erfordert eine genügende gesetzliche Grundlage, wobei immer die Verhältnismässigkeit und die verfassungsmässigen Rechte zu beachten sind.
2. Die Abgrenzung zwischen polizeilichem und strafprozessuellem Vorverfahren soll im PoIG inhaltlich und auch sprachlich klarer geregelt werden. Polizeiliche Vorermittlungen im Rahmen des Polizeigesetzes dienen der Prävention und Verhinderung von Straftaten sowie der Begründung eines Verdachts aufgrund von Anhaltspunkten für bereits begangene Straftaten.
3. Die polizeilichen Daten sollen an die aktuelle Gesetzgebung zum Öffentlichkeitsgesetz zum Datenschutzgesetz angepasst werden. Der Datenaustausch ist dabei ein wichtiges Instrument für die Zukunft (z.B. im Bedrohungsmanagement, bei Cybercrime etc.).
4. Der wichtigste Punkt ist das Abbilden von gesetzlichen Grundlagen für die Einführung eines kantonalen Bedrohungsmanagement. Im Kanton Uri fehlt es gegenwärtig an einem strukturierten Vorgehen zur frühzeitigen Erkennung und Verhinderung möglicher Gewalttaten und Gefahren, beispielsweise bei Drohungen, gewalttätigem Verhalten, häuslicher Gewalt, Stalking und Belästigungen. Dafür soll eine neue Fachstelle bei der Kantonspolizei geschaffen werden.

Aufgrund der durchgeführten Ämterkonsultation und Vernehmlassung sowie der aktuellen bundesgerichtlichen Rechtsprechung wurde die Vernehmlassungsvorlage punktuell überarbeitet und bereinigt.

Es ist vorgesehen die Vorlage noch im Juni 2023 dem Regierungsrat zu unterbreiten. Wenn alles nach Plan verläuft, wird der Bericht und Antrag zur Teilrevision dem Landrat im Oktober zur ersten Lesung vorgelegt. Die Volksabstimmung wäre dann für den 3. März 2024 angedacht.

### **3. Geschäfte des Regierungsrats**

#### **bzw. Themen aus dem Regierungsrat**

Der Regierungsrat nimmt drei Mal jährlich Kenntnis vom aktualisierten Issue Management. Das Issue Management soll den Mitgliedern des Regierungsrats sowie den fachlich zuständigen Stellen einen schnellen Überblick der Kernthemen der aktuellen Urner Politik verschaffen. Die aktuelle Version des Issue Managements umfasst 20 Themen. Nachfolgend die einzelnen Themen in willkürlicher Reihenfolge:

Coronapandemie, IC-Halte in Altdorf, Neu- und Umbau Kantonsspital Uri, Werkmatt Uri, Tourismusresort Andermatt, Projektidee Isleten, WOV und Flama, Aufgabenlandkarte, Digitalisierung Steuerprozesse natürliche Personen, Vereinfachung des Schätzungswesens, Versorgung des Kantons Uri mit 5G-Technologie, Grossraubtiere, Bau der 2. Röhre Gotthard-Strassentunnel, Stausituation auf der Kantonsstrasse mit Verkehrsmanagement, Seeschüttung 2 und 3, Energie bezüglich Wasserkraft und Konzessionsvergaben, Herausforderungen im Asyl- und Flüchtlingsbereich allgemein sowie im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine, Ersatzmassnahmen KW Erstfeldertal, Axenstrasse und Strommangellage.

Gerne gebe ich ergänzende Informationen zu den Themen aus dem Issue Management bzw. zu weiteren Themen aus dem Regierungsrat mündlich.

### **4. Anmerkung**

Bei Fragen zu den erwähnten oder auch weiteren Themen aus dem Berichtsjahr 2022/2023 stehe ich am ordentlichen Parteitag vom 29. Juni 2023 gerne zur Verfügung.

Erstfeld, 04. Juni 2023

Dimitri Moretti